

Stadt Dülmen
Frau Bürgermeisterin Lisa Stremlau
Rathaus

48249 Dülmen

Dülmen, den 29.11.2009

Antrag der

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Dem Klimawandel begegnen

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Stremlau,

Zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stellt die **Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen** nachfolgenden Antrag und bittet um Aufnahme in die Tagessordnung:

Beschlussvorschlag

Die Stadt Dülmen ist sich der Verantwortung bewusst und wird ihren Teil dazu beitragen, dass der Klimawandel eingegrenzt wird. Die Versammlung der Stadtverordneten und die Verwaltung der Stadt Dülmen unterstützen das Ziel der Bundesregierung und der Landesregierung, die globale Durchschnittstemperatur um nicht mehr als 2°C ansteigen zu lassen.

Das aktive Eintreten für den Klimaschutz setzt eine Berücksichtigung im alltäglichen Handeln und lokale Zielsetzungen für stufenweise und überprüfbare lokale CO₂-Reduzierung voraus.



Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Postanschrift:
Rathaus, 48249 Dülmen

Geschäftsstelle
(Sprechstunden nach Vereinbarung):
Tiberstr. 43, 48249 Dülmen

Es schreibt Ihnen:
Wolfgang M. Müller,
Fraktionssprecher
Eisenbahnstr. 71 - 48249 Dülmen

Telefon: 02594 3453

Fax: 02594 7999034

Mobil: 01525 316 1620

Mail: mueller@gruene-duelmen.de

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung beauftragt,

- dieses Ziel im Entwurf des Haushalts ressortübergreifend zu berücksichtigen und bis zu den Haushaltsberatungen 2010 dem Rat und den Ausschüssen einen Massnahmekatalog für die Zeit 2010 bis 2020 im Entwurf zur Beratung vorzulegen;
- Ein Aktions- und Massnahmenkonzept für die Zeit ab 2020 für Dülmen zu erstellen.

Dieser Beschluss wird auch dem Kreistag Coesfeld und der Landesregierung zu Kenntnis gegeben. Kreistag und Landesregierung werden aufgefordert, die Bemühungen der Kommunen den o. a. Zielen entsprechend angemessen zu unterstützen.

Begründung

Weltweiter Klimawandel:

Global denken - lokal handeln Kopenhagen darf nicht scheitern!

In diesen Tagen kommen die Vertreter von fast 200 Staaten in Kopenhagen zur Klimakonferenz zusammen, um ein neues Klimaabkommen auszuhandeln. Dieses Klimaabkommen ist entscheidend, denn der Klimawandel wird künftig das Leben aller Menschen stark beeinflussen. Die Erkenntnisse des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) Berichts 2007 waren Besorgnis erregend, da sie starke Auswirkungen des Klimawandels auch auf unsere Lebenssituation vermuten lassen. Neueste Erkenntnisse, die das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) kurz vor der Klimakonferenz veröffentlicht hat, geben noch mehr Grund zur Sorge, da die neuen Szenarien von noch stärkeren Auswirkungen des Klimawandels ausgehen.

Es ist mittlerweile unumstritten, dass der Mensch durch Treibhausgasemissionen einen entscheidenden Einfluss auf den weltweiten Klimawandel hat. Der Klimawandel, die dadurch erhöhte Durchschnittstemperatur und der erhöhte Meeresspiegel werden für einen Teil der Weltbevölkerung lebensbedrohlich werden. So wird es vermehrt zu extremen Wetterlagen wie Stürmen, Starkregen, Überschwemmungen, Sturmfluten und Dürreperioden kommen. In welchem Ausmaße dies allerdings geschehen wird, wird davon abhängig sein, um wie viel wir unsere Emissionen in den nächsten Jahrzehnten reduzieren und wie schnell wir dies tun. Hierbei gilt: je schneller und energischer desto besser.

Die Zeit läuft uns davon!

Um einen für den Menschen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden, müssen die weltweiten Emissionen so schnell wie möglich reduziert und auf einem geringeren Niveau konstant gehalten werden. Die G8 Regierungschefs haben in ihrer Deklaration auf dem Gipfel in L'Aquila festgehalten, dass sie die **globale** Durchschnittstemperatur **um nicht mehr als 2°C** ansteigen lassen und die Emissionen der Industrieländer bis 2050 um 80% reduzieren wollen. Das IPCC geht in seinem Bericht von 2007 davon aus, dass die Emissionen bis 2020 um 25 - 40%, bis 2050 um 80% reduziert werden müssen, wenn wir einen für den Menschen gefährlichen extremen Klimawandel vermeiden wollen. Neuste Ergebnisse zeigen allerdings, dass wir vermutlich noch drastischere Einschnitte benötigen.

Auf internationaler Ebene werden zurzeit die weltweiten Emissionsreduzierungen ausgehandelt. Die Europäische Union hat ihre Ziele bis 2020 bereits festgelegt: 20 - 30% Emissionsreduzierung. Auch Deutschland hat sich national verpflichtet seine Emissionen um 40% bis 2020 zu reduzieren, wobei das Land Nordrhein-Westfalen sich 33% Emissionsreduzierungen bis 2020 zum Ziel gesetzt hat.

Um diese Ziele und eine deutliche Emissionsreduzierung erreichen zu können, muss das Handeln vor allem lokal beginnen. Auch unsere Kommune / unser Kreis ihrer / seiner Verantwortung gerecht werden und einen deutlichen Beitrag zu einer Begrenzung des Klimawandels leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Wolfgang Müller, Fraktionssprecher

